



Arbeitsstelle  
Frieden und  
Abrüstung

**Ulrike Gramann**

**Zuviel der Ehre: Ehrenschutz und Bundeswehrenmal**

**Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung  
POSITIONENPAPIER 5**

Berlin, im Mai 2007

© **Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung e.V.**  
**Alle Rechte vorbehalten.**

POSITIONENPAPIER 5

Ulrike Gramann

Zuviel der Ehre: Ehrenschatz und Bundeswehrenmal

Herausgegeben von der

**Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung e.V. (asfrab)**  
**Kopenhagener Str. 71**  
**10437 Berlin**

**Tel: 030-440 130 28**

**Fax: 030-440 130 29**

**[www.asfrab.de](http://www.asfrab.de)**

**[info@asfrab.de](mailto:info@asfrab.de)**

Die Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung ist ein gemeinnütziger Verein. Wir freuen uns über jede Unterstützung unserer Arbeit durch Mitgliedschaft, Förderung und Spenden, besonders auch über Mitarbeit.

Bankverbindung:

Konto 312 211 2200

bei der Bank für Schifffahrt

BLZ: 250 90 300

## Zuviel der Ehre: Ehrenschatz und Bundeswehrenmal

*Wenn ein Soldat der Bundeswehr im Auslandseinsatz stirbt, wird seiner auf verschiedene Weise gedacht: durch ein „würdiges Trauer- und/oder Überführungszeremoniell“ im Einsatzland, dazu eine „ggf. stattfindende zentrale Gedenkfeier in Deutschland und/oder die Trauerfeierlichkeiten in den Heimatstandorten“, letztere meist öffentlich (vgl. Bundestags-Drucksache 16/4134). Die Bestattung erfolgt mit „militärischen Ehren“. Für Überführung und Bestattung verstorbener Soldatinnen und Soldaten wurde im Haushalt für das Jahr 2007 eine Million € eingeplant. Der Tod eines Bundeswehrsoldaten ist aus der Perspektive des Staates keine private Angelegenheit eines Menschen, der eine gefährvolle Tätigkeit ausübte. Er ist auch nicht vorrangig Gegenstand der privaten Trauer seiner Hinterbliebenen. Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages schreibt in seinem Bericht für das Jahr 2005: „Es geht darum, den mit Gefahr für Leib und Leben verbundenen Dienst der Soldatinnen und Soldaten stärker als bisher in den Fokus des gesellschaftlichen Interesses zu stellen. Es geht darum, den Soldatenberuf nicht wie ‚irgendeinen Job‘ zu betrachten, sondern vielmehr jede Gelegenheit der öffentlichen Würdigung und Anerkennung zu nutzen, ideell und materiell.“ Damit wird der Soldatenberuf ausdrücklich von anderen Berufsgruppen abgegrenzt, die öffentlich weniger gewürdigt werden, ideell und materiell.*

### Diskussionsstand

Anfang Juli 2006 kündigte der Bundesminister der Verteidigung Franz Josef Jung in der „Zeit“ an, dass ein zentrales Ehrenmal für Bundeswehrsoldaten errichtet werde: „(...) habe ich entschieden, ein zentrales, öffentlich zugängliches Ehrenmal der Bundeswehr errichten zu lassen. Es wird dem Gedenken an alle getöteten Soldaten und zivilen Toten der Bundeswehr gewidmet.“

Nach Darstellung Jungs stellen diese Pläne eine Reaktion auf Wünsche der Truppe dar. Geplant und finanziert werden soll das Ehrenmal durch das Verteidigungsministerium. Seit Anfang Februar 2007 sind eine öffentliche Ausschreibung und eine Findungskommission im Gespräch.

Von Anbeginn ging es um ein Ehrenmal ausschließlich für im Auslandseinsatz getötete Soldaten. Später reagierte Jung auf Wortmeldungen aus den Fraktionen des Deutschen Bundestags. So hatte Winfried Nachtwei kriti-

siert, es sollte doch lieber aller im Ausland in Ausübung ihres Dienstes ums Leben gekommenen gedacht werden, auch Entwicklungshelfern und Polizeibeamten. Danach brachte Jung die 2.600 seit Gründung der Bundeswehr im Dienst Gestorbenen ins Spiel. Doch die 68 im Ausland ums Leben gekommenen stehen für ihn eindeutig im Mittelpunkt. In der Reservistenzeitschrift „loyal“ schrieb Jung, er „spüre“ in „weiten Teilen der Bevölkerung das Bedürfnis, an einem geeigneten Ort der gefallenen Soldatinnen und Soldaten zu gedenken“. Die Bezeichnung „Gefallene“ zeigt den Stellenwert des Themas für den Verteidigungsminister. Welches nationale Pathos ihn dabei erfüllt, zeigt der Vergleich mit dem Dôme des Invalides in Paris und dem Altare della Patria in Rom, mit dem Jung zeigt, was Deutschland seiner Ansicht nach fehlt.

Der Standort des Ehrenmals steht noch nicht fest. Während Jung einen Platz am Berliner Bendlerblock, dem Berliner Sitz des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg), präfe-

riert, vertreten FDP und Grüne den Standpunkt, das Ehrenmal müsse am Reichstag platziert werden, weil die Bundeswehr eine Parlamentsarmee sei. Es wurde auch bemängelt, ein Ehrenmal am Verteidigungsministerium sei weder zentral noch öffentlich. Am von Jung bevorzugten Bendlerblock soll das Ehrenmal auf Grund und Boden der Bundeswehr stehen, aber offen zugänglich sein; so ließen sich auch „Schmierereien und Ähnliches“ verhindern. In der Tat könnten hier mit Hilfe von Überwachungskameras und Feldjägern Proteste erschwert bis unmöglich gemacht werden. Wenigstens verhindern die räumlichen Gegebenheiten am Bendlerblock, dass ein monumentaler Bau, vergleichbar etwa dem römischen Altare della Patria, errichtet werden kann.

Eine grundsätzliche und öffentliche Auseinandersetzung damit, wer genau geehrt werden soll und warum, wird vom Verteidigungsministerium offensichtlich nicht gewünscht. Jung geht ihr mit dem Argument aus dem Weg, die Debatte sei ungeeignet, „etwa die toten Soldaten der Auslandseinsätze gegen die gestorbenen Soldaten und zivilen Mitarbeiter in Deutschland seit Gründung der Bundeswehr aufzurechnen“. Äußerungen Hinterbliebener von verunglückten Rekruten deuten allerdings schon darauf hin, dass solcher Opfer weit weniger intensiv gedacht wird als der im Auslandseinsatz verunglückten Soldaten. Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung konfrontierte den Minister mit der Frage, wie es zusammenpasse, dass im Bendlerblock die Verschwörer des 20. Juli geehrt werden und nunmehr in unmittelbarer Nähe auch Bundeswehrsoldaten gedacht werden soll, die doch überwiegend Unfällen zum Opfer fielen. Jung konterte auch hier mit der komfortablen Redensart, man möge „nicht aufrechnen“.

#### **Diskussion in den Medien**

Erst seit Anfang 2007 kamen grundsätzlichere Fragestellungen zur Sprache, gerade durch Befürworter sowohl von Auslandseinsätzen wie auch eines Ehrenmals: So fordert bei-

spielsweise ein Kommentar der „Welt“ vom 11.02.2007, den Krieg beim Namen zu nennen. Die „Mahnung, dass Krieg nie ohne Opfer ist“, gehöre an einen öffentlichen Ort. Der Marinehistoriker Dieter Hartwig hingegen kritisiert in der Zeitschrift „Marineforum“ die Pläne Jungs. Er fragt nach der Motivation für ein zentrales Ehrenmal und vermutet u.a., dass der Minister mit einer „Vielzahl von Toten“ rechne. Ein derartiges Ehrenmal verwies, fürchtet Hartwig, so deutlich auf die Risiken, dass sich „in einer erschreckenden Dialektik“ Widerstand gegen Auslandseinsätze entwickeln könnte.

Die linksliberale Presse spart das Thema weitestgehend aus. Meinungsäußerungen in kritischen, eher linken Medien sind ebenfalls selten. Eine Ausnahme ist Bernd C. Hessleins Beitrag in „Ossietzky“ 17/2006. Er schreibt: „So wird dann, im erzwungenen Respekt vor den Toten, jegliche Diskussion über politische und militärische Fehlentscheidungen verhindert. Schon der Vorwurf, Soldaten seien unnötigerweise gestorben, weil Politiker Verstand und Anstand verloren haben, wird als Sakrileg gelten, als eine Schmähung der zum Sterben befohlenen Soldaten.“

#### **Gedenken für Bundeswehrangehörige**

Die Bundeswehr verfügt bereits jetzt über eine Reihe von Gedenkstätten sowohl am ersten Dienstsitz des BMVg in Bonn als auch an weiteren Orten im In- und Ausland. Darunter sind Ehrenmäler für Soldaten der Teilstreitkräfte: ein Ehrenmal des Heeres (Festung Ehrenbreitstein in Koblenz), der Luftwaffe (Fürstenfeldbruck) und der Marine (Laboe). Eine vollständige Namensliste der im Einsatz ums Leben Gekommenen befindet sich vor dem Lageraum im Verteidigungsministerium. Die Einsatzmedaille der Bundeswehr, die nach einer bestimmten Dauer des Einsatzes im Ausland vergeben wird, kann auch postum verliehen werden. Ferner befinden sich Gedenktafeln oder -steine der SFOR, KFOR und ISAF für ums Leben gekommene Angehörige des jeweiligen Kontingents an Einsatzorten wie Camp Warehouse. Das entspräche den

Bedürfnissen der Soldaten vor Ort. Da damit zu rechnen ist, dass die Bundeswehr aufgrund politischer Entscheidungen der Bundesregierung in weitere Regionen der Welt entsandt wird, wird es wohl in Zukunft auch weitere Gedenktafeln geben.

Ferner gibt es Gedenkorte und -veranstaltungen, die nicht von der Bundeswehr initiiert sind, aber von ihr unterstützt werden, wie die alljährlichen Treffen des Kameradenkreises der Gebirgstruppe in Mittenwald. Bei diesen Treffen wird unerachtet anders lautender Behauptungen auch eine Traditionslinie von der Wehrmacht und der kaiserlichen Armee zur Bundeswehr gezogen, beispielsweise durch gemeinsame Präsenz von Ritterkreuzträgern und aktiven Soldaten der Bundeswehr. Ein anderes Beispiel ist die Stiftung U-Boot-Ehrenmal Möltenort, wo heute nicht nur toter Angehöriger der kaiserlichen Armee und der Wehrmacht gedacht wird, sondern auch U-Boot-Besatzungen der Bundeswehr, vom Inspekteur der Marine abgeseget. Aktive Soldaten nehmen an Arbeitseinsätzen teil, der Standortpfarrer Eckernförde spricht am Volkstrauertag das Gebet usw.

#### **Warum will das Verteidigungsministerium ein Ehrenmal?**

Der Entschluss, im Einsatz ums Leben gekommener Bundeswehrsoldaten mit einem Kriegerdenkmal öffentlich und offiziell zu gedenken, überdies an zentralem und symbolträchtigem Ort, widerspricht in gewisser Weise der früheren Praxis, Auslandseinsätze der Bundeswehr humanitär, nicht als Krieg darzustellen. In gewisser Weise ist er aber auch folgerichtig: Spätestens seit den Einsätzen der Bundeswehr in Afghanistan kann in der Öffentlichkeit weder das Thema der „deutschen Interessen“ noch der kriegerische Charakter der Einsätze verschleiert werden. In der Berichterstattung häufen sich inzwischen Berichte über Bedrohung, Tod und Traumatisierung von Bundeswehrsoldaten, über seelische Spätfolgen, Therapiebedürftigkeit und Arbeitsunfähigkeit. PolitikerInnen spekulieren

über politische und militärische Folgen einer Involvierung der Bundeswehr in Kampfhandlungen.

68 Soldaten sind von 1992 bis heute bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr ums Leben gekommen (Stand Mai 2007). Sie starben nicht im offenen Gefecht, sondern bei Unfällen, durch „friendly fire“ und Kriminalität. Mehrere Soldaten kamen bei Anschlägen in Afghanistan ums Leben, die kriminelle Akte, aber keine Kriegshandlungen waren. Zum Vergleich: Seit Gründung der Bundeswehr starben insgesamt 2.600 Menschen im Dienst. Diese Toten sollten zunächst gar nicht in die Ehrung einbezogen werden. Worin besteht also die neue Qualität, die nunmehr aus Anlass von 68 Toten in Auslandseinsätzen seit 1992 ein Ehrenmal erforderlich macht? Ist sie in der Vergangenheit zu suchen, oder, wie Dieter Hartwig vermutet, in der Zukunft?

Unfälle bei der Bundeswehr wurden bislang zumeist als Unfälle verstanden, außer in einer militärkritischen Perspektive, die auch in einem Unfall, der durch unsinnige Befehle von Vorgesetzten verursacht wurde, systematische Merkmale des Gewaltapparats identifiziert. Der Tod von Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz hingegen offenbart, selbst wenn er durch einen Verkehrsunfall verursacht wurde, für jedermann das spezifische Risiko des Soldatenberufs: dass Soldaten nicht nur auf Befehl töten, sondern sich auch dem Risiko des Getötetwerdens preisgeben.

Dabei ist es nun auch der breiten Öffentlichkeit nicht einerlei, wie, wo und wofür dieses Risiko eingegangen wird. Das zeigte beispielsweise die große Zustimmung zur Regierungspolitik, als die damalige rot-grüne Regierung eine offene Beteiligung am Irak-Krieg der USA ablehnte. Dass die Bundesrepublik dennoch kräftig Unterstützung leistete, galt zum Zeitpunkt des Angriffs als Außenseitermeinung. Die logistische Unterstützung eines nach den Regeln des Völkerrechts illegalen Krieges scheint für einen großen Teil der Bevölkerung

kein Skandal zu sein. Ob die direkte Beteiligung an militärischen Aktionen abgelehnt, ignoriert oder toleriert wird, hängt von den konkreten Umständen ab. Das betrifft das politische Risiko und das persönliche Risiko des einzelnen Soldaten. Diese „selektive Sensibilität“ wird von der Bundesregierung auch vorauseilend berücksichtigt. So wurde vor dem Kongo-Einsatz diskutiert, ob es zu einer Konfrontation von Bundeswehrsoldaten und Kindersoldaten kommen könnte. Möglicherweise hätte es BürgerInnen verstört, wenn „Bürger in Uniform“ dabei auf Kinder geschossen hätten. Wortmeldungen aus Regierung und Bundeswehr zu diesen Eventualitäten dienten auch dazu, potentiell kritischen Reaktionen vorab zu begegnen.

Das BMVg will offensichtlich die Skepsis gegenüber Risiken senken und Werte setzen, für die größere Risiken in Kauf genommen werden. Deshalb knüpft das Projekt eines zentralen Ehrenmals für getötete SoldatInnen der Bundeswehr auf spezifische Weise an die Debatte um den so genannten Ehrenschatz für Bundeswehrsoldaten an. In den 1990er Jahren plante die Bundesregierung einen § 109b Strafgesetzbuch, in dem „Verunglimpfung“ und „Herabwürdigung“ von Soldaten mit bis zu 3 Jahren Freiheitsstrafe oder Geldstrafen belegt werden sollten. In der Begründung hieß es, es sei „erforderlich, die Funktionsfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr, den Einsatzwillen des einzelnen Soldaten und die Bereitschaft der Bürger, ihren Wehrdienst zu leisten oder den Beruf eines Bundeswehr-Soldaten zu ergreifen, durch eine spezielle Strafvorschrift zu schützen“ (vgl. Bundestags-Drucksache 13/3971). Dabei ging es vor allem um den Schutz vor dem „Mörder“-Vorwurf. Seit nämlich ab Ende der 1960er Jahre die Zahl der Kriegsdienstverweigerer immer mehr zunahm, kam die Bundeswehr durch deren Argumente in Bedrängnis. Das Ende der Ost-West-Konfrontation und der Verlust des „Gegners“ ließen die Legitimation des Militärs weiter schwinden. Zur gleichen

Zeit wurden neue Aufgaben für die Bundeswehr erschlossen. Bereits seit Ende der 1980er Jahre ging es um Interventionen außerhalb des Nato-Bereichs. Bevölkerung und ParlamentarierInnen sollten sich daran gewöhnen. Der Kern des Soldatseins, der es von anderen Berufen unterscheidet, durfte nicht bloßgelegt werden. Das alles musste nun ausgerechnet während dieser Akzeptanzkrise politisch durchgesetzt werden. Der Ruf „Soldaten sind Mörder“, symbolisch für die Akzeptanzlücke, sollte verstummen, das Militär als Organisation und Soldaten als deren Angehörige sollten mit juristischem Ehrenschatz vor kritischen Meinungsäußerungen bewahrt werden.

Beim „Ehrenschatz“ für Soldaten geht es nur vordergründig um Schutz vor Diffamierung. Als zentrales Motiv formulierte Armin Steinkamm (Universität der Bundeswehr München) bei einer Anhörung im Rechtsausschuss des Bundestags im Oktober 1996 den „Schutz des geistig-politischen Wehrpotentials“. Gemeint sind Einstellungen und Haltungen zur militärischen Umsetzung politischer Ziele. Gesellschaft und Soldaten sollen die Spezifik soldatischer Tätigkeit akzeptieren, weil sie Staatszielen dient.

Obwohl heute, 2007, der Anteil derjenigen Männer, die den Kriegsdienst mit der Waffe verweigern, weiter gestiegen ist, steht die Bundeswehr weniger in öffentlicher Kritik. Zwar muss, wer verweigern will, nach wie vor einen Antrag stellen und ihn persönlich begründen, doch sind die Kriterien für die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer vergleichsweise leicht zu erfüllen. De facto können Wehrpflichtige heute wählen, ob sie Kriegsdienst mit der Waffe oder Zivildienst leisten. Das liegt daran, dass sich aufgrund der Umstrukturierung der Bundeswehr das Zahlenverhältnis von Grundwehrdienstleistenden zu Zeit- und Berufssoldaten deutlich verschoben hat. Weil derzeit viel weniger Grundwehrdienstleistende benötigt werden, wird nur ein Bruchteil jedes Jahrgangs zur Bundeswehr einberufen. Während der Leidensdruck

der Wehrpflichtigen sank und der reale Zugriff des Staates auf alle Wehrpflichtigen weniger stark empfunden wird, stieg die Akzeptanz für Auslands-, sogar Kampfeinsätze. Humanitäre Begründungen verfangen, speziell im grünen Umfeld; Gewöhnung trat ein; Gleichgültigkeit und Desinteresse wuchsen. Unter derzeitigen Bedingungen erheben selbst kritisch eingestellte BürgerInnen weniger Protest. Nun geht die Bundeswehr daran, das „geistig-politische Wehrpotential“ auf anderem als juristischem Weg zu stärken. Wie Tilmann Perger in seiner Dissertation zum juristischen Ehrenschatz formuliert: „Eine selbstbewusste Bundeswehr ist auf solche Paragraphen nicht angewiesen und profitiert definitiv mehr von einer geschlossenen Unterstützung durch das Parlament als durch die Staatsanwaltschaft.“

#### **Was spricht gegen ein Ehrenmal?**

Jung proklamiert, es gehe nicht darum, „für den Soldatenberuf einen Sonderstatus herauszustellen. Nein, ganz und gar nicht.“ In Wahrheit geht es bei einem Ehrenmal für Soldaten der Bundeswehr um nichts anderes, als Soldaten eine Sonderrolle innerhalb der Gesellschaft zuzusprechen. Andere Berufsgruppen tragen ein hohes Gesundheits- und Unfallrisiko, ohne dass ihnen Ehrenmäler an zentralen Orten der Hauptstadt gewidmet würden. Feuerwehrleute beispielsweise leisten einen hohen persönlichen Einsatz für die Gesellschaft, größtenteils ehrenamtlich. Allein während eines einzigen Ereignisses, des Orkans „Kyrill“ Anfang 2007, starben zwei Feuerwehrmänner im Einsatz, weitere wurden schwer verletzt. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit ereigneten sich allein von 1996 bis 2006 25 Todesfälle, wie aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage im Bundestag hervorgeht. Über die Zahl der Todesopfer unter „nichtentsandten“ Deutschen bei humanitären und internationalen Organisationen sowie unter nicht-deutschen Staatsbürgern, die bei deutschen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen beschäftigt sind, „liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor“

(Bundestags-Drucksache 16/1240). Es ist gewiss nicht unmöglich, solche Daten zu erheben, doch wird ihnen weniger offizielle Aufmerksamkeit geschenkt.

Bundeswehrosoldaten wird im Todesfall eine staatliche Ehrung zuteil, weil sie staatlichen Zielen dienen. Das private Gedenken am Ort des Begräbnisses wird dabei vom politischen Gedenken am offiziellen Ort getrennt. Der private Tod des Einzelnen als nackte Tatsache und bloße Folge der politischen Entscheidung anderer erschiene sinnlos. Deshalb wird er zum Staatsakt stilisiert und mit Begriffen wie dem der Ehre und Behauptungen wie „Wir sind es ihnen schuldig“ verknüpft. Der tote Soldat wird zu einem, der sein Leben ehrenvoll zugunsten einer höheren Sache opferte. Der Verlust wird nicht zum Anlass eines „Nie wieder!“, sondern eines „Trotzdem!“

Ob das Ehrenmal nun am Reichstagsgebäude oder am BMVg gebaut wird, in beiden Fällen geben ihm Bundesregierung und BMVg damit einen Platz in der Hauptstadt, dem sie zentrale Bedeutung beimessen.

Eine Platzierung des Ehrenmals am Reichstagsgebäude würde die Abgeordneten immerhin mit einer Konsequenz ihres Handelns konfrontieren. Ob sie aber ein Ehrenmal entgegen seiner ausdrücklichen Intention als Mahnmal begreifen würden, ist äußerst zweifelhaft. Und diese politische Mahnung gehörte auch nicht hierhin, sondern in den politischen Raum der parlamentarischen und außerparlamentarischen Debatte. Ein Ehrenmal ist nicht das geeignete Medium, um bei denen, die die Politik des weltweiten Interventions vertreten, Protest gegen Interventionen auszulösen. Es soll gerade deshalb gebaut werden, um die Todesopfer zu überhöhen und Fragen nach dem Sinn und den politischen Hintergründen dieser Opfer sakrosankt erscheinen zu lassen.

Der Bendlerblock als Berliner Sitz des BMVg ist in den letzten Jahren durch die „feierlichen

Gelöbnisse“ am 20. Juli und im Zusammenhang mit der am gleichen Tag stattfindenden Ehrung der Hitler-Attentäter bereits symbolisch aufgewertet worden. Nun äußerte Jung Anfang März 2007 auch die ganz praktische Erwartung, die Zehntausende von Besuchern der Gedenkstätte Deutscher Widerstand würden zukünftig anschließend das Bundeswehr-Ehrenmal aufsuchen. Aus Sicht der Bundeswehr mag der Ort tatsächlich besonders geeignet sein, tote Soldaten zu ehren. Denn hier findet bereits jetzt eine spezifische Verquickung der deutschen Militarismusgeschichte mit derjenigen des Widerstands gegen Hitler statt, eine nicht leicht zu entschlüsselnde Mischung von Wahrheit und Legende, Tatsachen und „gefühlter Geschichte“. Wenn Bundeswehrsoldaten, noch dazu in solchem Kontext, zu Opfern überhöht werden, erschwert das die dringend erforderliche grundsätzliche Kritik sowohl am Auftrag als auch an seiner Umsetzung mit militärischen Mitteln. Die Toten werden instrumentalisiert, ihrer Individualität nicht nur in allgemeinem Sinn beraubt, sondern auch ihrer individuellen Verantwortung für die Entscheidung, als Soldat zu dienen. Doch Erinnern und Gedenken an Menschen, die als Soldaten der Bundeswehr im Dienst ums Leben kamen, sollte Sache ihrer Angehörigen sein, wie das Erinnern an andere Verstorbene auch.

Mit einem Ehrenmal für gefallene Soldaten bejaht der Staat die Risiken des Soldatseins. Verteidigungsminister Jung lenkt die Aufmerksamkeit fast schon offensiv darauf: „Vielmehr kommt es darauf an zu verdeutlichen, wie Soldatinnen und Soldaten das in der Gelöbnis- und Eidesformel geforderte treue Dienen nicht selten mit dem Leben bezahlen“ („loyal“ vom September 2006).

Ein offizielles Ehrenmal der Bundeswehr bedeutet die offizielle (Wieder-)Herstellung der Normalität des Krieges. Der Staat bekennt sich darin zum politischen Einsatz militärischer Mittel. Ein zentrales Ehrenmal für Soldaten, die im Dienst der Bundeswehr ums Leben gekommen sind, dient der Legitimierung und Propagierung von Kriegseinsätzen. Die Kriegerdenkmäler des 1. Weltkriegs wurden nicht geschleift, und auf vielen Dorffriedhöfen sind neben den Gefallenen des 1. auch diejenigen des 2. Weltkriegs aufgeführt. Auch so zeigt sich das Ende der Nachkriegszeit: Kriegerdenkmäler werden nicht mehr nur restauriert, sondern neuerlich errichtet. Das heißt militärische Kontinuität statt nicht-militärischer Erneuerung.

---

### Textauswahl.

Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode. Drucksache 16/1240, darin: Antwort des Staatssekretärs Reinhard Silberberg vom 10. April 2006 auf zwei Fragen von Winfried Nachtwei (MdB).

Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode. Drucksache 16/4134, darin: Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Kossendey vom 19. Januar 2007 auf eine Frage von Dr. Volker Wissing (MdB).

Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung über den Sachstand „Ehrenmal der Bundeswehr“ und praktizierte Formen des ehrenden Andenkens an im Auslandseinsatz ums Leben gekommene Soldaten vom 18. Juli 2006.

Franz Josef Jung, „Nicht vergessen“, in: Die Zeit 27/2006.

„Wir haben schon 65 Soldaten verloren“. Verteidigungsminister Franz Josef Jung über Auslandseinsätze der Bundeswehr, Truppenbesuche und ein Ehrenmal für die Toten in Berlin, in: FAS vom 04.03.2007.

Ders., Wir sind es unseren toten Soldaten schuldig, in: loyal September/2006.

Bernd C. Hesslein, Der Bestattungsmminister, in: Ossietzky 17/2006.

Dieter Hartwig, Braucht die Bundeswehr ein zentrales Ehrenmal?, in: Marineforum 1-2/2007.

Tilmann Perger, Ehrenschatz von Soldaten in Deutschland und anderen Staaten. Diss. Universität der Bundeswehr München 2002.